

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
In der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbarortsverkehr vierteljährlich M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
hievu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Peilzeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 12.

Dienstag, den 16. Januar

1906.

Reichs-Weinsteuer.

Es ist eine Reihe von Jahren her, daß die Reichsweinsteuer spukte; auch zu einer Zeit, als gähnende Leere aus der Reichskasse schaute; auch hervorgerufen dadurch, daß man im Uebermaß rüstete. Damals wies im Reichstage der Abgeordnete des 6. württemb. Wahlkreises, Payer, darauf hin, daß man bei Gründung des Reiches den Wein als Reichsteuergesegenstand ausschloß. Der damalige württemb. Ministerpräsident v. Mittnacht beauftragte nicht nur diese Mitteilung, sondern ergänzte dieselbe, und so fiel die Reichsweinsteuer in die Versenkung. Für alle Zeiten ist also aus den Protokollen des Reichstags zu ersehen, auch wenn sich die Augen all derer geschlossen haben, die an den Gründungsverhandlungen des neuen Deutschen Reiches teilgenommen haben, daß es eine Vergewaltigung und Hintergehung mindestens von Württemberg durch das Reich wäre, wenn man eine Reichsweinsteuer ohne seine Zustimmung einführen würde. Das können auch die Konservativen wissen. Und es ist deshalb recht bezeichnend, daß im Reichstage wieder einmal ein Konservativer die Weinststeuer forderte.

Wer müßte sie in der Hauptsache bezahlen? Wo wird in Deutschland Wein gebaut und hauptsächlich getrunken? In den schnapsigen Gefilden Ostpreussens nicht. Im Jahre 1903 standen in Deutschland 119 640 Hektar Weinberge im Ertrag, davon kommen auf Preußen ganze 18 316 Hektar und zwar in 3 — drei — Bezirken: Wiesbaden (3100), Trier (4000), Koblenz (3860) Hektar. Die Pfalz hat angeblich 15 200, ganz Bayern über 22 000, Württemberg 16 800, Baden 17 600, Hessen 13 400, Elsaß-Lothringen fast 31 000 Hektar. Die Anbaufläche Preußens beträgt also nicht ein Sechstel, der mit Nebenbepflanzten Fläche Deutschlands, der Ertrag der preussischen Weinberge im Verhältnis zum Weinertrag im Reich nach Maß rund ein Sechstel, nach Wert etwa ein Fünftel. Eine Umrechnung auf den Kopf der Bevölkerung ergäbe natürlich für Preußen noch ganz andere Zahlen. Beispielsweise kommt in Württemberg auf je einen Einwohner 0,8 Ar Weinberg, in Preußen 0,05 Ar (d. i. ein Sechzehntel).

So suchen die Konservativen, von denen unsere Bauernbündler ein Anhängel sind, soweit nicht die Führer in Personalunion stehen, nach einer Steuer, die in der Hauptsache der Süden zahlt, getreu der Bitte an den Heiligen, die ihr Leibgebet war und ist:

O heiliger St. Florian,
Verschon mein Haus, zünd andere an!

Der Süden soll das Geld aufbringen, das fast ausschließlich der Norden verdient; denn dort werden die

Flottengelber ausgegeben. Der Süden soll zahlen für Wein, der norddeutsche Großgrundbesitz frecht schmingelnd wohl 30 Millionen Liebesgaben für Brauntwein ein.

Rundschau.

Im Reichstag sprach am Sonnabend in Fortsetzung der ersten Beratung der Steuervorlage zunächst Schapssekretär Frhr. v. Stengel, um gegen die Ausführungen des Abg. Geyer zur Tabaksteuer zu polemisieren. Hierauf kritisierte der Sozialdemokrat Meist die Verkehrssteuern. Der Bauernbündler Vogt-Hall empfahl unter Verwerfung von Bier-, Tabak- und Luftpumpensteuer die Wehrsteuer und einen Ausfuhrzoll auf Kohlen und Kali. Von einer Weinststeuer wollte er als württembergischer Abgeordneter gar nichts wissen. Abg. Gothein (Fr. Bgg.) nannte des Frhrn. v. Rheinbaben Schankwirtschaftsstatistik eine solche vom grünen Tische. Er erklärte ferner, daß Abg. Riß im Namen der Elässer gegen die Reichsweinsteuerveränderung gesprochen habe, die freisinnige Vereinigung sei für diese Vorlage. Weiterhin ging Redner auf vom Grafen Kanig in die Debatte gezogene französische Zollfragen ein und rief dadurch eine Erwiderung des Grafen Kanig hervor. Der württembergische Bauernbündler Dr. Wolff bekämpfte das Projekt einer Reichsweinsteuer. Nachdem die Rednerliste erschöpft, gingen die Steuervorlagen an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern. — Zur ersten Lesung der Novelle zum Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden wurde allseitig u. a. auch vom Abg. Eichhoff namens der Freisinnigen Volkspartei, eine Erhöhung des Tageslohes für die Mannschaffsverpflegung über 1 Mark hinaus verlangt, und namens der Militärverwaltung zeigte sich Generalmajor Gallwitz nicht abgeneigt, auf dieses Verlangen einzugehen. Die Vorlage ging an die Budgetkommission. Am Montag steht u. a. die Duell-Interpellation des Zentrums auf der Tagesordnung.

Die Reichstagsnachwahl für Sartorius. Um den Wahlkreis Kaiserslautern, der sich durch die Mandatsniederlegung des Abg. Sartorius einer Neuwahl unterziehen muß, wird sich ein heißer Kampf entspinnen. Der Wahlkreis ist in längere Zeit seiner Zeit einer Partei gewesen; die Sozialdemokratie hat ihn aber bisher noch nicht befreit. Sie kam wohl bei den beiden letzten Wahlen in die Stichwahl, konnte aber weder den Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Köfide, noch den Freisinnigen Sartorius überholen. Sartorius verdrängte im Jahre 1903 den 1898 gewählten Dr. Köfide.

Sartorius erhielt 1903 im ersten Wahlgang 8024 Stimmen. Von den übrigen Kandidaten fielen auf Dr. Köfide (B. d. Landw.) 6114, Klement (Soz.) 7009, Kempf (Ztr.) 4248 Stimmen. In der Stichwahl siegte Sartorius mit 11 366 Stimmen über Klement, der 9769 Stimmen erhielt.

Tages-Chronik.

Berlin, 13. Jan. Der neue preussische Justizminister, Dr. Beseler, erklärte heute im preussischen Abgeordnetenhaus, daß die Gesetze mit voller Strenge gegen die Sozialdemokratie angewandt werden würden.

Berlin, 13. Jan. Der Reichsanwalt schreibt: Während der Dauer der am 16. ds. in Algiciras zusammengetretenen Konferenz werden im Verkehr zwischen Deutschland einerseits, sowie Spanien und Gibraltar andererseits Prästelegramme zu ermäßigter Taxe angenommen.

Berlin, 13. Jan. Die Nordd. Allg. Ztg. drückt den Wunsch aus, daß sich beim Kolonialamt mehr als bisher jüngere Kräfte melden, die Beruf und Neigung für eine Verwaltungstätigkeit in den Kolonien fühlen. Als Stationsleiter hätten sich die Kräfte in den Kolonien bereits mehrfach mit besonderem Erfolg betätigt.

Berlin, 13. Jan. Nach einem Telegramm aus Elberfeld sind auch dort gestern viele Tausende von sozialistischen Flugblättern gegen das preussische Landtagswahlrecht beschlagnahmt worden.

Berlin, 14. Jan. Das Leichenbegängnis des Staatsministers Thielen fand Mittags in Gegenwart des Kronprinzen als Vertreter des Kaisers, der Minister Budge, Rheinbaben und Studt, des Staatssekretärs Kräfte, des Reichstagspräsidenten Grafen Vallestrom u. a. im schwarzausgeschlagenen Konferenzsaal des Anhalter Bahnhofes statt. Oberhofprediger Dryander hielt die Grabrede.

Berlin, 15. Jan. Das Befinden des erkrankten Staatssekretär von Richthofen hat sich gebessert.

Leipzig, 13. Jan. Das Zentralagitationskomitee der Sozialdemokraten Sachsens beruft für Sonntag, den 21. Januar, Versammlungen ein, mit der Tagesordnung: Wahlrechts- und Verfassungskämpfe der Gegenwart. Die Lokalkomitees beschließen, daß Demonstrationen auf der Straße im Anschluß an diese Versammlungen diesmal unterbleiben sollen.

Karlsruhe, 14. Januar. Landtagswahl in Stodach-Mehlfisch. Brodmann (Liberal) erhielt 2722, Stadler (Zentrum) 2693 und Krohn (Sozialdemokrat) 161 Stimmen. Es findet Stichwahl statt.

Mannheim, 13. Jan. Bei der Landtagswahl

Aus Liebe zur Kunst.

Roman von Viktor Rheinberg.

(Nachdruck nicht gestattet.)

Ein anmutiges Tal ist's, in welchem das freundliche Gebirgsstädtchen Hallerbrunn liegt. In diesen romantischen Erdenswinkel dringt noch nicht der grelle Pfiff der Lokomotiven, auch sieht man keine hohen, qualmenden Fabriksschornsteine sich erheben, man atmet hier noch eine unverfälschte Wald- und Bergluft.

Das Städtchen mit seinen unregelmäßig gebauten Straßen und seinem spitzen Kirchturm liegt am Fuße eines mit Kiefern und Laubholz bewaldeten Berges, auf welchem sich die malerische Ruine Uhlings und etwas tiefer, auf halber Höhe, das Schloß gleichen Namens erhebt.

Durch die Weiden schlängelt sich ein, oft ungestört von den Bergen herniederbrausender Waldbach, die buntschichtige Kuhherde graht an seinen Ufern und in das melodisch gestimmte Stodengeläute mischen sich von fern die Töne eines Posthornes.

Es hat eben auf dem Rathaus sechs Uhr geschlagen, und jeden Abend um diese Zeit raffelt die alte, gelbe Postkutsche durch die Straßen von Hallerbrunn, manches Fenster öffnet sich und mancher neugierige Blick sucht zu erpähen, ob das altersschwache Gefährt Passagiere enthält, und welcher Art diese sein mögen.

Gewöhnlich sind die, welche der gelben Postkutsche entsteigen, schon ganz steif durch das vierstündige Sitzen in dem unbeweglichen Kasten; wenn sie aber den einzigen Gasthof von Hallerbrunn, den „Goldenen Stern“ erreichen wollen, so müssen sie sich einer neuen Bein unterziehen, und da es keine Dreiräder und keine Trottoirs gibt, auf sehr schlechtem Steinpflaster ihren Weg zu Fuß fortsetzen.

An dem schönen Frühlingsabend, an welchem unsere Geschichte beginnt, sehen wir ein noch sehr junges Mädchen schon eine Zeitlang am Postgebäude warten, ehe das Posthorn die Ankunft der alten Kutsche verkündet.

„Guten Abend, Vater!“ ruft sie dann einen älterlich aussehenden Mann an, der in gebückter Haltung aufsteigt, ein Päckchen, unter dem Arme, welches die Tochter ihm abnimmt. „Run, Vorchen, wie geht's zu Hause, alles in Ordnung?“

fragt er, indem er langsam neben dem jungen Mädchen weiter hinkt.

„Alles in Ordnung, Vater! Deine Lieblings-Suppe steht fertig gekocht in der Dörrbüchse, Du kannst Dich gleich zu Tische setzen.“

„Du bist ein braves Kind und ich habe Dir auch etwas mitgebracht.“

„Was denn, Vater? Es steckt wohl hier in dem Paket?“ Dabei dreht die Kleine den eingewickelten Gegenstand, den sie trägt, hin und her, kann aber seinen Inhalt nicht erraten.

„Es sind Bücher, schöne Bücher, die ich bei einem Antiquar billig für Dich erstanden habe,“ sagt der Alte, während sie langsam weitererschreiten, „darunter Schillers Maria Stuart und ein Legibuch zur Oper Fidelio.“

„O, Vater, wie freue ich mich darauf! Dann erzähle Du mir wieder, was Du erlebt hast, als Du selbst noch Schauspieler und Sänger warst, und wie es gekommen ist, daß ich den schönen Namen Leonore bekam!“

„Ja, mein Vorchen! Doch, da sind wir zu Hause.“ Der Mann öffnet die Tür eines mischeinbaren zweistöckigen Gebäudes; der untere Handflur ist mit Kisten und Tonnen angefüllt, der Wirt besitzt einen Materialladen, auf dem kleinen Treppenaufgang der ersten Etage liegt man auf einem Messingstühle an der Tür den Namen: „Dr. Born, praktischer Arzt.“

Noch eine Treppe höher befindet sich das Atelier eines Photographen und ganz oben zwei Mannarbenstübchen mit daran grenzender kleiner Küche. Hier wohnt der ehemalige Sänger Carlo Manzoni mit seiner sechzehnjährigen Tochter Leonore.

Das Mädchen zieht einen Schlüssel aus der Tasche und öffnet, beide treten ein, dann zündet sie die Lampe auf dem Tische an und schließt das Fenster, welches sie vor ihrem Fortgehen geöffnet, um die Luft des schönen Apriltages einzulassen. Ein lauberes großes Tischchen wird über den mit Backstuch bezogenen Tisch gebreitet, zwei Teller darauf gestellt und nun holt Vorchen die dampfende Kartoffelsuppe herein, in der kleine geröstete Speckwürfel schwimmen, wie sie der Vater so sehr liebt. Beide setzen sich und lassen sich wohlschmecken.

Vorchens hausmütterliches Walten und die Ruhe, mit der sie alles tut, hätten sie für älter gelten lassen, wenn nicht ihrer äußeren Erscheinung unverkennbar das Gepräge der ersten Jugend, ja beinahe der Kindheit aufgedrückt gewesen wäre.

Sie war groß und schlank, ihre Formen noch unentwickelt,

ihr schmales, etwas blaßes Gesichtchen zeigte ein schönes Oval und regelmäßige Züge. Zwei große, dunkelblaue Augen blühten kindlich und zugleich schwärmerisch in die Welt hinein, und das volle, kastanienbraune Haar, in einen dicken Jopf geflochten, reichte ihr, auf dem Rücken niederhängend, bis weit über die Taille.

Der frühere Sänger, Herr Carlo Manzoni, war in Deutschland geboren, hatte aber einen Italiener zum Vater gehabt. Seine Mutter, eine Nürnberger Kaufmannstochter, lehrte nach dem frühen Tode ihres Gatten in die Heimat zurück und im Hause seiner Großeltern erblickte der kleine Carlo das Licht der Welt.

Als er das zehnte Jahr erreicht hatte, wurde ihm die Mutter durch den Tod entzogen, der Großvater machte bald danach Bankrott und starb ebenfalls, und die Sorge für den armen Jungen fiel seinem Vormunde, einem Bruder seiner Mutter, anheim.

Im Laufe der Jahre zeigte es sich, daß Carlo eine hübsche Stimme und musikalisches Talent besaß, und da es sein sehnlicher Wunsch war, Opernsänger zu werden, so gab der Vormund endlich den Bitten des jungen Mannes nach; er wurde notwendig ausgebildet und erhielt später ein Engagement an einer Bühne zweiten Ranges.

Ganz so herrlich, wie er sich diese Laufbahn ausgemalt, fand er sie in der Wirklichkeit nicht, er blieb immer nur ein mittelmaßiger Künstler, und als er später ein hübsches, aber armes Mädchen heiratete, mußte das junge Paar sich sehr einschränken.

An dem Tage, an welchem dem Sänger Manzoni sein erstes Kind, ein Töchterchen, geboren wurde, mußte er abends in der Oper „Fidelio“ auftreten; zwar nicht in der Rolle des Floridan, sondern als einer von vielen im Chor der Gesangenen, aber er hatte doch Gelegenheit gehabt, während der Proben und bei der Aufführung mit schwärmerischer Bewunderung zu der jungen Sängerin aufzublicken, welche als Gast die Rolle der Leonore gab. Und als er bald darauf bei der Taufe den Namen seines Kindes angeben sollte, nannte er ohne Hören den Namen Leonore.

136,20
Aus Leonore war dann Vorchen geworden, und diese Abkürzung paßte besser für die ärmlichen Verhältnisse in der Dachkammer, in denen Vorchen nun seit zwei Jahren mit ihrem Vater lebte.



für den zweiten hiesigen Wahlkreis wurde der Sozialdemokrat Kramer mit 1422 Stimmen gewählt. Der Freisinnige Dittgenhöfer erhielt 842 Stimmen.

Strasbourg, 13. Jan. Der heute in Kolmar stattgehabte Delegiertenkongress der Zentrumspartei von Strasbourg-Kolmar und Mülhausen beschloß den Zusammenschluß der bestehenden elsässischen Zentrumspartei zu einer elsässischen Zentrumspartei.

Paris, 13. Jan. Eine dem Kolonialministerium zugegangene Depesche meldet: In Dahomey (Westafrika) sind 2 Militärsoldaten von muhamedanischen Fanatikern ermordet worden. Darauf wurde das Dorf Robitanda von einer Polizeiabteilung genommen. Auf französischer Seite fielen: ein Leutnant und zwei eingeborene Militärsoldaten; 7 Militärsoldaten wurden verwundet. Die Anführer der Erhebung sind geflüchtet. Die Bewegung ist vorüber.

Paris, 14. Jan. Die vereinigten Sozialisten beabsichtigen, wie es heißt, bei der Präsidentenwahl im ersten Wahlgang ihre Stimmen auf den Namen von Paul Constant, den sozialistischen Deputierten im Departement Allier, abzugeben.

London, 14. Jan. Die Resultate der heutigen Wahlen liegen aus 33 Wahlkreisen vor. 17 Wahlkreise wurden von den Liberalen erobert, darunter Balfour's Wahlkreis Ost-Manchester, wo Balfour's liberaler Gegner fast mit derselben Mehrheit siegte, über die Balfour bei der letzten Wahl verfügte. Balfour's Niederlage erregt große Sensation. Man glaubt, er werde einen anderen Wahlkreis zu erkämpfen suchen.

London, 15. Jan. Die liberalen Blätter begrüßen den Sieg vom Samstag als die größte politische Umwälzung seit 1832 und als das Ende der Schutzzoll-Bewegung.

New-York, 13. Jan. Die Morgenblätter melden: Da die amerikanischen Bemühungen, Deutschland zu Zugeständnissen betreffs des Zeitpunktes der Aufhebung des gegenwärtigen Zollarrangements zu veranlassen, fehlschlagen, will der Kongress nunmehr einen Zuschlagssoll von 25 pCt. auf die deutsche Einfuhr verhängen.

Algeciras, 15. Jan. Die russischen Delegierten zur Marokko-Konferenz sind hier eingetroffen, auch der englische Botschafter Nicolson kam an, ebenso eine große Anzahl englische, französische und deutsche Journalisten. Die Hotels sind überfüllt.

Der ermordete Oberleutnant Roos in München-Gladbach war lange im großen Generalstab. Er erhielt wegen eines Nervenleidens den Abschied. Die Mörder legten ein ausführliches Geständnis ab. Sie haben außer dem Kopf auch den Ringfinger abgefäht und nebst den Kleidern verbrannt.

In Wattenkirchen ist eine Epidemie unter den Schulkindern ausgebrochen, deren Charakter noch unbekannt ist. 160 Kinder sind erkrankt.

Kurz vor seiner Verhaftung hat sich in Berlin der 40 Jahre alte Kaufmann Moritz Riefensfeld, der sich ohne feste Wohnung in Berlin aufhielt und wegen betrügerischer Bankrottverfolgung mit Cynalali vergiftet.

Ein Kaufmann Röber in Berlin erschoss seine Nichte, eine Buchhalterin Bulney, und verwundete sich dann selbst schwer durch einen Revolveranschlag. Die Getötete, die bisher bei ihrem Onkel wohnte, hatte sich vor kurzem gegen seinen Willen verlobt. Röber war 62, seine Nichte 42 Jahre alt.

In Reubielau bei Rattowitz ermordete die Althändlersfrau Lechey ihren Gatten, mit dem sie seit 8 Tagen verheiratet war. Die Blütige wurde Freitag Abend in Myslowitz verhaftet; sie ist geständig.

12 Junsbrücker Theologen, welche übers Stempeljoch ins Halltal absteigen wollten, wurden von einer Lawine überrollt. Sieben wurden von der Lawine erfasst, aber gerettet, bis auf einen. Von Junsbrud und Hall sind Rettungs Expeditionen abgegangen, von Hall auch 25 Mann Militär. Die Rettungsarbeiten waren bisher jedoch erfolglos. Der Verunglückte ist der Theologe Beder aus Münster (Westfalen).

Die Naruden in Russland.

Aus dem Reich.

Der Vertreter des Ministeriums des Innern Durnow wurde zum Minister- und Biell. Geh. Rat. ernannt.

In Tschernigow wurde der Provinzgouverneur Chwostow, als er im Wagen mit seiner Gemahlin von der Kathedrale zurückkehrte, durch zwei in den Wagen geschleuderte Bomben schwer verwundet, während seine Gattin leicht verletzt wurde. Der Täter wurde verhaftet.

Aus den Ostseeprovinzen.

Aus Riga wird der „Kos. Zg.“ gemeldet: Schloß Salisburg in Livland, Eigentum des Barons Plettinghoff, wurde von den Revolutionären völlig niedergebrannt. Nachdem dies geschehen war, erschien Militär und hatte einen Zusammenstoß mit 2000 Aufständischen, von denen 28 getötet und 28 gefangen wurden. Die übrigen zerstreuten sich. Die Gefangenen sollen standrechtlich verurteilt werden. Täglich werden in Livland und Kurland zahlreiche Revolutionäre standrechtlich erschossen. Dieses Schicksal traf auch mehrere lettische Volksschullehrer, die sich agitatorisch betätigt das vom lettischen Lehrerkongress aufgestellte nationale Lehrprogramm eingeführt und das amtliche Lehrprogramm umgestoßen hatten.

Die Rigaer Polizei hat neue wichtige Entdeckungen gemacht. Es wurde eine Dynamitpatronenfabrik in einer Privatwohnung, ferner Kriegspläne und Revolver entdeckt. Ferner wurden revolutionäre Schriften in einer geheimen Druckerei beschlagnahmt. Zahlreiche Personen sind verhaftet.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 13. Jan. Kammer der Abgeordneten. Präsident Bayer eröffnet die 121. Sitzung

um 9 1/2 Uhr. Bei Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission über die Eingabe des Verbandes der Württembergisch-Hohenzollernschen Müller vom 1. Mai/12. Nov. 1904 um Einführung verschiedener Frachtsätze auf Mehl und Getreide, führt Berichterstatter Weber (W. d. L.) aus, die Eingabe bitte die Ständeversammlung, die kgl. Regierung zu ersuchen, sie möge 1) die württ. Vertreter im hohen Bundesrat dahin instruieren und beauftragen, daß die Einführung einer verschiedenen, im Ausbau und Wertverhältnis liegenden Tarifierung von Brotgetreide und Mehl in den Verhandlungen des Bundesrats und des Reichstags über den Abschluß von Handelsverträgen mitberaten werde und wenn irgend möglich zur Entscheidung gelange; 2) wenn dies nicht erreichbar sein sollte, bei der ständigen Tarifkommission und dem Verkehrsausschuß wiederholt dahin wirken, daß Brotgetreide von Spezialtarif I nach Spezialtarif II herab, und Mehl in die höhere allgemeine Wagenladungsstufe B hinaufgesetzt werde; 3) wenn auch dieses im Reich oder mit einzelnen Bundesstaaten, besonders Bayern und Baden, nicht erreichbar sein sollte, diese Tarifänderung für den Bereich der württ. Staatsbahnen zur Einführung bringen. Die Wirkung einer solchen Tarifierung wäre: die Herabsetzung von Getreide ergäbe eine Frachverbilligung von ca. 1 Pfg. für Tonne und Kilometer oder eine Ermäßigung von ca. 18-20 Proz., die Erhöhung der Mehlfracht eine Steigerung von ebenfalls ca. 18-20 Proz., somit eine Spannung zwischen Mehl- und Getreidefracht von 36 bis 40 Prozent. Die Landwirtschaft habe sich bisher gegen jede Herabsetzung des Getreidetarifs gewehrt. Redner kommt dann auf die Ausführungen des Staatsrats v. Balz über diese Angelegenheit in der Kommission zurück, die dahin gingen: Die kgl. Eisenbahnverwaltung habe an sich die Befreiung des Mehls in die allgemeine Wagenladungsstufe von ihrem Standpunkt aus nicht zu beanstanden; da die gleiche Tarifierung von Getreide und Mehl die Lage der kleinen Müller Württembergs zudem noch schädige. Aber es sei noch keineswegs gerechtfertigt, daß das Mehl höher und das Getreide niedriger als bisher tarifiert werden müsse. Gerade weil Verkehrspolitik und Zollpolitik Hand in Hand gehen müssen, könne bei der gegenwärtigen Lage von einer Detarifierung des Getreides keine Rede sein. Die Einbringung eines Antrags auf Befreiung des Mehls in die allgemeine Wagenladungsstufe erweise zur Zeit ausichtslos. Der Vorschlag, den bestehenden Tarifzustand wenigstens im württ. Binnenverkehr zu ändern, müsse unter allen Umständen abgelehnt werden. Der Kommissionsantrag lautet: Die Bitte des Ausschusses des Verbandes der württembergisch-hohenzollernschen Müller zu Ziffer 1 und 2 der kgl. Staatsregierung zur Erwägung zu übergeben und über die Bitte zu Ziffer 3 zur Tagesordnung überzugehen.

Schmid-Vesigheim (Sp.): Die Regierung habe zur Erwägung der für das Mülkereigewerbe wichtigen Frage sehr viel Zeit gehabt. Die Kammer selbst habe sich schon 3mal damit befaßt. Die Verhältnisse der württ. Müller haben sich seither wesentlich verschlechtert. Die Großmühlen am Rhein haben sich stark vergrößert und analog habe sich die Einfuhr von Mehl nach Württemberg vermehrt, die Tätigkeit der württ. Müller dagegen vermindert. Leider sehen die Landwirte immer noch nicht ein, daß ihnen diese enorme Mehleinfuhr bedeutenden Schaden zugefügt. Die Einfuhr steigerte sich von 20 705 Tonnen im Jahre 1893 auf 76 146 Tonnen im Jahre 1902, das sei eine erschreckende Steigerung innerhalb so kurzer Zeit. Gegenwärtig werde die Einfuhr etwa 1 Million Sack betragen. Angesichts der höheren Fruchtzölle und des erhöhten Mehlsolls könne er übrigens einem einseitigen Antrag auf Erhöhung der Mehlfracht jetzt aus sozialpolitischen Gründen nicht mehr beitreten. Mit den Ausführungen des Staatsrats v. Balz in der Kommission könne er nicht in allem einverstanden sein. Fast sämtliche Binnenmüller haben sich an ihre Regierungen mit der Bitte um verschiedene Tarifierung gewandt, da sie alle gleich geschädigt sind, weil sie keine Wasserstraßen haben. Hoffentlich werde sich die Generaldirektion einem Antrag auf Herabsetzung der Getreidefracht entgegensetzen. Im übrigen könne auch nicht vollständig auf die Handelsverträge Bezug genommen werden, da ja mit einer Reihe von Staaten noch keine abgeschlossen sind. Man möge der 1. Bitte der Müller eingabe zustimmen. Er beantrage, sie der Regierung zur Berücksichtigung zu übergeben.

Abg. Sommer (Ztr.) beklagt die schlechten Verhältnisse der Mühlen. Er stelle den Antrag, die Eingabe, soweit sie sich auf die Differenzierung der Getreide- und Mehlfracht bezieht, der kgl. Regierung zur Berücksichtigung zu übergeben.

Abg. Lang (Wb.): Man müsse erreichen, daß das deutsche Getreide das Volk zu ernähren vermöge, um vom Ausland unabhängig zu sein. Die Mehleinfuhr sei der stärkste Konkurrent für Müllei und Landwirtschaft. Der seitherige Zustand müsse geändert werden. Er stelle den Antrag, die k. v. A. mölle die Eingabe, soweit sie sich eine Differenzierung zwischen Mehl- und Getreidefracht, insbesondere die Erhöhung der ersteren, erbittet, der kgl. Regierung zur Berücksichtigung übergeben.

Abg. Febr. m. Wöllwarth spricht sich für Annahme des Kommissionsantrags aus.

Minister v. Soden: Ein Antrag in der ständigen Tarifkommission auf Herabsetzung des Mehltarifs habe keine Aussicht auf Annahme, noch weniger auf Herabsetzung des Getreidetarifs. Man könne nicht eine Tarifierung machen, die den Handelsverträgen entgegenstehe. Die Wirkung der Zollverträge müsse abgewartet werden. Die Regierung behalte sich vor, später einmal den Antrag auf Erhöhung des Mehltarifs zu stellen. Insofern sei die Regierung mit einem entsprechenden Antrag und dem Kommissionsantrag einverstanden.

Abg. Hildenbrand (Soz.) betont, daß die Wirkung der Petition eine Verteuerung des Mehles und Brotes sein würden. Gegen den Versuch, die notwendige Lebenshaltung zu verschlechtern, müsse er mit aller Entschiedenheit Behauptung einlegen, ebenso gegen die Haltung der Regierung. Die billigere Beförderung des Getreides sollte allerdings gefordert werden, weil dann die Nachteile der Zollsetzung zu Gunsten der Bevölkerung ausgeglichen werden können. Er stelle den Antrag, die Bitte, soweit sie eine

Detarifierung des Brotgetreides betrifft, der kgl. Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, über die übrigen Punkte aber zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Henning (Sp.) Die Wirkung der Handelsverträge hätte abgewartet werden sollen. Ueberall werde für Rohprodukt weniger bezahlt als für das Fabrikat. Er bitte um Annahme des Kommissionsantrags.

Minister v. Fischer: Er anerkenne die Ungerechtigkeit der Gleichtarifierung und die ungünstige Lage der Kleinmüller, denen geholfen werden müsse. Württemberg könne aber allein nicht vorgehen. Die Verbilligung der Getreidefracht wäre wieder eine Herabsetzung des Zolles auf Getreide. Die Erhöhung der Mehlfracht wäre eine lokale Handlung gegenüber den Vertragsstaaten, insbesondere gegenüber Oesterreich. Die Hinauffetzung der Mehlfracht würde unsern Müllern doch nicht soviel helfen, denn die Müller an den Wasserstraßen würden den Vorteil davon haben. So müsse man die Wirkung der neuen Handelsverträge abwarten. Soent. werde von der württ. Regierung wieder vorgegangen werden. An sich habe er gegen den Kommissionsantrag also nichts. Die Wahl des Zeitpunkt für ein neues Vorgehen müsse aber der Regierung überlassen bleiben.

Abg. Vantleon (D. P.) stimmt dem Antrag auf Heraufsetzung der Mehlfracht in eine höhere Tarifklasse zu. Er stimme dem Antrag Sommer zu, die Eingabe soweit sie eine Differenzierung zwischen Getreide- und Mehlfracht durch Erhöhung der letzteren erbittet, der Regierung zur Berücksichtigung zu übergeben.

Abg. Reßler (Ztr.) wendet sich im Interesse der Landwirtschaft gegen eine Verbilligung der Getreidefracht. Man müsse eine abwartende Haltung einnehmen.

Abg. Schmid-Vesigheim (Sp.) Er halte die Eingabe nicht für verfrüht. Dem Notstand müsse abgeholfen werden.

Staatsrat v. Balz: Die Eisenbahnverwaltung habe sich nicht aufs Erwägen beschränkt, sie habe die verlangten Anträge gestellt, könne dies aber doch nicht jedes Jahr tun. Mit einem Antrag auf Berücksichtigung des Wunsches nach Erhöhung der Mehlfracht könne nichts angefangen werden, ebenso wenig mit dem Antrag auf Herabsetzung der Getreidefracht. Die Regierung würde gerne helfen, wenn sie könnte. Das Richtige würde sein, wenn der Kommissionsantrag angenommen würde. Die Regierung werde die Augen offen halten.

Abg. Hildenbrand (Soz.) betont, daß die Sozialdemokratie der Entwicklung der kleinen Müller nicht unsympathisch gegenüberstehe. Man könnte aber die Uebermacht der Großbetriebe nicht übersehen. Durch die Aufnahme des Artikels eines Müllers beweise die „Tagwacht“ nur, daß sie allen Anschauungen zur Vertretung verbeife.

Febr. v. Wöllwarth (Fr. Zg.) wird für den Antrag Hildenbrand stimmen.

Man schreitet zur Abstimmung. Der Antrag Hildenbrand wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag Sommer wird in namentlicher Abstimmung mit 35 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Ziffer 1 der Eingabe wird zur Erwägung übergeben, damit ist der Antrag Schmid gefallen. Ziffer 2 erfordert eine namentliche Abstimmung, da die einfache zweifelhaft ist. Der Kommissionsantrag auf Uebergabe zur Erwägung wird mit 36 gegen 30 Stimmen angenommen. Ueber Ziffer 3 wird dem Antrag der Kommission gemäß zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgt der Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission über die Eingabe des Verbandes- und Arbeitsausschusses des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Berlin vom 18. Februar bis 22. Dezember 1904 gegen die Heranziehung von Arbeitern bei Ausübung der Kontrolle auf Bauten.

Berichterstatter Gabler (Sp.) erinnert an einen von der Kammer im Jahre 1902 angenommenen Antrag, daß auf eine sachgemäße Ausgestaltung der Kontrolle über die Ausführung der Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter in der Weise Bedacht zu nehmen sei, daß neben Arbeitgebern auch Mitglieder aus dem Arbeiterstande zugezogen werden. Den Arbeiterkontrollen fehle es nicht an bautechnischen Kenntnissen. Wie bei den Gewerbeinspektionen, so werde man auch hier mit den Arbeitern günstige Erfahrungen machen. Die Ministerialverfügung verdiene Anerkennung. Die Kommission stelle daher einstimmig den Antrag, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Zum Schluß werden noch zwei Eingaben des Christian Wagner von Warmingbronn betr. die Erschießung des Jägermeisters Reinhard durch einen Landjäger und betr. die Tätigkeit der Landjäger behandelt.

Minister v. Fischer teilt mit, daß der Gesekentwurf betr. den Waffengebrauch der Landjäger schon ausgearbeitet sei.

Nach den Referaten der Abg. Göbber und v. Riene wird über die 1ste Eingabe zur Tagesordnung übergegangen und die zweite durch den Beschluß betr. die Vermehrung der Landjäger zum Etat für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung Dienstag Nachmittag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Eingemündung von Degerloch, Kaltenthal und Voßnang in Stuttgart.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Landesversammlung der Deutschen Partei.

Stuttgart, 14. Jan. Es war zu erwarten, daß auf der Landesversammlung der Deutschen Partei die Stuttgarter Gemeinderatswahlen eine Rolle spielen würden. Schon bei der Zusammenkunft am Samstag besprach Dr. Vides-Fewerbach diesen Vorgang und meinte, die Deutsche Partei müsse im Zusammengehen mit der Demokratie sehr vorsichtig sein. Dasselbe sagte am Sonntag der Abg. Röder-Ringelsau, der betonte, daß die Sozialdemokratie für die Deutsche Partei keine Bundesgenossin sein könne. Nimmt man noch dazu die Aussprüche der Professoren Veßler in Heilbronn und Knapp in Tübingen, dann weiß man ungefähr wie der Hase läuft. Wir kommen darauf noch zurück.

Von Interesse sind die Ausführungen des Abg. Röder über die Landespolitik. Er führte aus: Eine wichtige Arbeit des Landtags sei die Gemeinde- und Bezirksordnung, zu der jetzt die Erste Kammer das Wort habe. Hoffentlich seien die Verhandlungen, welche die

Erste Kammer anbringe, nicht so tiefgehend, daß eine Verständigung ausgeschlossen würde. Auch die Erlaffung einer Kreisordnung sei in Wäde notwendig. In dem Staatshaushalt 1905-06 sei das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben hergestellt. Aber die Staatschuld befinde sich in raschem Wachstum, und weiteres Wachsen sei ihr gesichert, sobald die Meinungen über den Stuttgarter Bahnhofsbau geklärt seien. Die Lehrerbesserung, bei der man bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei, habe der Kammer trotzdem scharfe Angriffe der Lehrerpresse eingetragen. Das baldige Zustandekommen der Reichsfinanzreform sei dringend zu wünschen. Die Einkommensteuer ergebe einen höheren Ertrag als die schätzungsweise angenommenen 14,8 Millionen Mark. Damit seien dem weiteren Ausbau des Steuerrechts die Wege geebnet. Zur Einkommensteuer müsse noch eine Vermögenssteuer treten. Die Ertragssteuern können dafür keinen Ersatz bieten. In der Frage der Verfassungsrevision sei die Kommission der zweiten Kammer mit gutem Grund auf eine Schwächung der zweiten Kammer nicht eingegangen, auch nicht auf die von der Regierung aus nicht recht ersichtlichen Gründen gewünschte Abschaffung der Stichwahlen. Die Verfassungsreform bewege sich im Großen Ganzen in beschränkten Grenzen. Die Erste Kammer solle nicht nur beibehalten, sondern auch noch verstärkt werden. Nur in Bezug auf die Zusammensetzung der zweiten Kammer sollen die Volkswünsche in Erfüllung gehen. Die bürgerlichen Abgeordneten in der zweiten Kammer seien mit Ausnahme des Zentrums als Freunde der Reform zu betrachten. Bezüglich des Zentrums, das, wie Gröber sagte, kein Fragezeichen sei, werde man annehmen müssen, daß es mit seinen Forderungen schon noch herausriden und namentlich die Schule für die Kirche reklamieren werde. Dem könne aber ein moderner Staat niemals beitreten. Der Versuch, der ersten Kammer dasselbe Budgetrecht zu verschaffen, das die zweite Kammer habe, sei durchaus unbedeutend in einem Augenblick, wo der Einfluß der ersten Kammer so wie durch ihre beabsichtigte Erweiterung verstärkt wäre. Ein gewählter Volksabgeordneter werde der Privilegienkammer das Budgetrecht nicht preisgeben. In der Tatsache, daß in der 2. Kammer ein volles Viertel der Mitglieder aus Privilegierten bestehe, liege ein ungeheures, durchaus ungerechtfertigtes Mißverhältnis gegen das steuerzahlende Volk. Er wolle nicht daran glauben, daß die Reform nochmals an dem Widerstand des Adels scheitere. Es wäre kein Glück für Württemberg, wenn die nochmalige Ablehnung gewissen Agitatoren Gelegenheit geben würde, den glimmenden Funken zu einer hell lodernen Flamme anzufachen. Es wäre bedauerlich, wenn durch allzustrenges Festhalten an Privilegien das Volk leidenschaftlich erregt, ja geradezu herausgefordert würde. An sonstigen gesetzgeberischen Arbeiten liegen dem Landtag vor die Gerichtslohnordnung, der Gesetzentwurf betr. die Bahneinheiten und die dringend notwendige Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens. Zunächst unerledigt werden bleiben die Bau-, Weg- und Flußbauordnung und das Gebäudebrandversicherungsgesetz, sowie viele Bahnwünsche, deren Erfüllung aber nicht minder notwendig sei als der Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofes. Wenn neben der Steuerreform auch noch die Verwaltungs- und Verfassungsreform erledigt werde, könne sich der Landtag mit seinen Arbeiten sehen lassen. Die Fraktion der Deutschen Partei habe treulich und programmgemäß mitgearbeitet. Sie richte den Blick aufs Ganze, ohne die Interessen der einzelnen Erwerbsstände aus dem Auge zu verlieren. Darin lasse sie sich von keiner andern Partei übertreffen, auch, was die Landwirtschaft betreffe, vom Bauernbund nicht. Es werde so viel von einem Zusammengehen der liberalen Parteien gesprochen. Unleugbar seien viele Berührungspunkte mit der Volkspartei vorhanden. Aber ihre Selbständigkeit werde die Deutsche Partei nicht aufgeben, denn sie sei nicht bloß eine liberale, sondern auch eine nationale Partei, für welche die Sozialdemokratie keine Bundesgenossin sein könne. Selbständig und gerade aus werde die Deutsche Partei auch künftig ihren Weg gehen.

Reichstagsabg. Prof. Nieber sprach über die Reichspolitik; er hob hervor, daß nach dem Kriegesgefahren vom Sommer doch noch eine Gewitterstimmung zurückgeblieben sei, und daß in England der Neid bis zum nationalen Haß sich gesteigert habe. Die Erhaltung des Friedens sei lediglich der Furcht vor der deutschen Kraft zu verdanken. Nur die Sozialdemokratie in Deutschland bedrohe den Frieden. Er sprach sein Einvernehmen mit der deutschen Marokkopolitik aus, zollte ferner, dem schlichten Heldentum unserer Soldaten in Südwestafrika wärmste Anerkennung und betonte, daß angesichts der großen überseeischen Interessen Deutschlands, des Anwachsens seines Handels und der im Ausland liegenden deutschen Interessen niemand der Notwendigkeit der Flottenvermehrung sich verschließen könne, da jedes Schiff ein Unterpfand des Friedens und eine Sicherung der Kulturarbeit sei. Er besprach dann die Reichsfinanzreform, streifte kurz die Gebiete der Sozial- und Handelspolitik und kam zum Schluß auf die Parteiverhältnisse zu sprechen, wobei er lebhaft bedauerte, daß der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft der Fahne der Sozialdemokratie folge und diese trotz der führenden Stellung Deutschlands in der Sozialpolitik jede Freude am Vaterland erlöte und jede nationale Gefinnung vernichte, sowie die auerwartige Politik durchkreuze und eher mit den Bogern und Hereros, als mit dem eigenen Volk fühle. Das nationale Pflichtbewußtsein müsse gehegt und gegenüber allen revolutionären Theorien der Gedanke auf den Leuchter gestellt werden, daß die Erhaltung der staatlichen Ordnung für jedes politisch gereifte Volk der erste aller Staatszwecke und das oberste aller politischen Güter ist.

Dr. Karl Elben referierte über schwebende Eisenbahnfragen, wobei er besonders den Umschwung besprach, der in der Beurteilung des württ. Antrags auf Einführung einer Betriebsmittelgemeinschaft durch den Vorschlag Bayerns auf Bildung einer Wagen-gemeinschaft und das Verhalten Preußens erfolgt ist. Er betonte, daß der württ. Vorschlag in nationaler, volkswirtschaftlicher und finanzieller Seite den Vorzug vor dem bayerischen verdiene, und hob hervor, daß für den

Fall des Nichtgelingens der Betriebsmittelgemeinschaft der Anschluß an Preußen gesucht werden müsse. Er verhehle sich nicht, daß die Betriebsmittelgemeinschaft nicht alle Schäden beseitige. Sie werde aber doch Württemberg einen Ersatz bieten für die durch Annahme der preussischen Tarifreform entstehenden Einnahmeausfälle. Der Redner richtete einen Appell an Handel und Industrie, die württ. Regierung und das deutsche Reich zwecks Förderung der Interessengemeinschaft und empfahl eine Resolution; in der ein engerer Zusammenschluß der deutschen Eisenbahnen in Form einer Interessengemeinschaft für ein dringendes Bedürfnis der deutschen Nation erklärt wird. Die seitens Württemberg vorgeschlagene Betriebsmittelgemeinschaft begrüßt die Versammlung als einen wesentlichen Fortschritt und spricht die Erwartung aus, daß die württ. Regierung ihre Bemühungen um die baldige Durchführung dieses Planes trotz der in der letzten Zeit aufgetretenen Schwierigkeiten fortsetze.

Der ritterchaftliche Abg. Frhr. v. Böllwarth (mit Beifall begrüßt) sagte, er sei lange Jahre Mitglied der Deutschen Partei gewesen. Durch die Frage der Verfassungsrevision sei diese Ehe gelöst worden, jetzt sei er politisch heimatlos. Vielleicht in kurzer Zeit werde das nicht mehr der Fall sein, und er könne wieder einer Partei beitreten. Er gebe seiner lebhaften Freude über den Antrag Elben Ausdruck. Es existiere schon ein Entwurf für eine volle Gemeinschaft mit Preußen. Vielleicht gebe die Regierung davon den Abgeordneten vertraulichen Kenntnis. Leider habe der Reichstag bis jetzt blutwenig Interesse an der Eisenbahnfrage gezeigt. Unbegreiflich sei ihm, daß der Reichstagsabg. Erbberger sich über die neuesten Ausführungen des Herrn v. Budde so befriedigt erklärt und gesagt habe, sie werden in Württemberg sehr beruhigend wirken.

Rechtsanwalt Schöföld-Ulm wies auf den Zollverein hin, wo sich auch zuerst Hessen an Preußen angeschlossen habe, dann Baden und Württemberg und schließlich auch volens volens Bayern gefolgt sei.

Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Nach kurzem Meinungsaustausch, in dem die Notwendigkeit einer besseren Organisation betont wurde, und ein Vertreter der jungliberalen Partei sich die Unterstützung der alten Partei erbat, wurde die Versammlung nach 3 1/2-stündiger Dauer von Gemeinderat Kübler geschlossen.

Aus Württemberg.

Dienstnachricht. Uebertragen: Dem Obercollektor Fries an der Realschule in Sulz unter Befehl des Titels und Karz eines Obercollektors eine Hauptlehrstelle an Klasse 7 und 8 der Bürgerschule in Stuttgart eine Postexpedientenstelle bei dem Postamt Nr. 1 in Heilbronn dem Postgehilfen Lehrer, eine Schulstelle in Heilbronn, Bezirks Wünnigheim, unter Enthebung des Schullehrers Wischardt in Unterstellungen von dieser Stelle dem Schullehrer Zeuge in Osnatzen, Bezirks Urach, eine Schulstelle in Heilbronn der dortigen Unterlehrerin Christine Sauter, die Lehrstelle an der kath. Volksschule in Jepsenhan, O.A. Rottweil, dem Unterlehrer Josef Sauter in Weilerbach.

Verlegt: Der Eisenbahnschiffahrt Experte in Friedrichshafen auf Ansuchen nach Rottweil.

In den Ruhestand verlegt: Der Reallehrer Nagel an der Realschule in Böckwühl.

Die Ritter und die Verfassungsrevision. Ein Stuttgarter Corr.-Bureau berichtet: „Am Freitag hatten die 13 Mitglieder der Ritterschaft eine lange, sich bis in die späte Abendstunde hinziehende Konferenz, bei der es sich um ihre Stellung zur Verfassungsrevision, die in der nächsten Woche im Plenum der Abg.-Kammer zur Beratung kommen soll, handelte. Wie verlautet, halten die Herren in ihrer weit überwiegenden Mehrheit den Standpunkt, den Frhr. v. Seckendorff und Graf Uffell bei Art. 26 (Budgetrecht) in der Kommission vertreten haben, als den in erster Linie anzustrebenden fest, aber man verhehle sich auch nicht, daß angesichts der mit Nachdruck auftretenden Wünsche des überwiegenden Teils der Bevölkerung und mit Rücksicht auf die feste Hand, welche die Regierung zeige, es für den Adel nicht erprießlich sein werde, wenn er sich in dem vorliegenden Fall außerhalb der sozialen Gemeinschaft stelle und bei seinem Widerstand gegen das Reformwerk verharre, bei dem man nicht einmal mehr bei den Standesherrn einen festen Rückhalt habe. Hiernach darf als sicher gelten, daß die Ritter, wenn auch der eine oder andere auf seinem intransigenten Standpunkt verharret, bei der Schlussabstimmung die Revision nicht zum Scheitern bringen werden.“ Es wäre erfreulich, wenn sich diese Mitteilung bestätigte.

Heilbronn, 15. Jan. Die hiesige Handelskammer hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Entwurf der Reichsfinanzreform beschäftigt und dieselbe als vollständig unannehmbar bezeichnet, weil der weitaus größte Teil des Steuerertragnisses aus Handel und Gewerbe gezogen werden soll und dasselbe zu der durch die württ. Ertrags- und Einkommensteuer im letzten Jahr erfahrenen Mehrbelastung eine neue empfindliche Mehrbelastung bekommen würde. — Dem Aufruf der deutsch-englischen Verständigungskomitees zur Herstellung und Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Deutschland trat die Kammer bei.

Oberndorf, 15. Jan. Die Herstellung der für die preussische Armee bei der hiesigen Waffenfabrik bestellten Gewehre wird hier mit großem Eifer betrieben. Es sollen täglich 600 Gewehre fertig gestellt werden, weshalb auch weitere Oberbüchsenmacher aus den staatlichen Gewehrfabriken zur Prüfung und Uebernahme eingetroffen sind.

Ulm, 15. Jan. Der bisherige Hilfsbeamte des Oberbürgermeisters v. Wagnet, Oberamtman Mannlein, wurde von den Kollegen zum besoldeten Gemeinderat gewählt.

Die Untersuchung wegen der Diebstähle auf dem Güterbahnhof in Reutlingen nimmt immer größere Ausdehnungen an, da neun Diebe und Diebstahl in die Geschichte verwickelt werden und die Haupttäter verhaftet sind.

Vor wenigen Tagen ist in Neuenhaus O.A. Nürtingen im Haus des Alt-Schultheißen Friß Feuer ausgebrochen, das Gebäude ist vollständig niedergebrannt.

Man vermutet Brandstiftung, denn während die Feuerwehr noch mit Löschen beschäftigt war, entstand am entgegengekehrten Ende des Orts in der Scheuer des Rosenwirts gleichfalls Feuer, sodaß die Löschmannschaft geteilt werden mußte. In der Scheuer schliefen vier Kinder, welche in großer Gefahr schwebten.

Wegen des Doppelbrandes in Neuenhaus O.A. Nürtingen wurde der Abgeordnete, Alt-Schultheiß Friß und dessen Sohn in Haft genommen und ins Gefängnis nach Tübingen abgeführt.

In Beinstein im Remstal wurde im Gasth. z. Lamm über Nacht eingebrochen und Wirtschaftskassal und Metzgerladen nach Geld durchstöbert. Als der Dieb keines fand, eignete er sich eine Anzahl Schinken und Würste an und verschwand. Bis jetzt fehlt jede Spur von ihm.

Am Donnerstagabend betrat der Hausbursche Kempf der Privatbauseule in Wildberg mit brennendem Licht ein Gefäß, in welchem sich der Acetylenapparat befindet. Es entstand eine Explosion, durch welche der junge Mann so schwere Brandwunden erlitt, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird. Der Brand wurde sofort gelöscht.

Den Göppinger Blättern zufolge wurde dort ein Mann verhaftet, welcher im Verdacht steht den Geslacher Raubmord begangen zu haben. Trotzdem die Verdachtsmomente sehr belastend sind, wird man doch nicht den eigentlichen Täter gefangen haben, da der Verhaftete seinen Aufenthalt während der freitagsen Zeit nachweisen konnte. Die rechtskräftige Beschreibung stimmte. Auch war seine Handschrift täuschend ähnlich derjenigen, die im Steckbrief der Stuttgarter Staatsanwaltschaft ausgezeichnet ist.

Ein Geisteskranker der Landererschen Heilanstalt in Göppingen entfernte sich nur mit einem Hemde bekleidet, aus der Anstalt; er nahm seinen Weg auf Göttingen zu, wo er halberstarrt und mit wunden Füßen ankam und aufgegriffen wurde. Man nahm sich des Kranken in fürsorglicher Weise an und benachrichtigte die Anstalt, die ihn sofort durch Fuhrwerk abholen ließ. Heimweh soll den Unglücklichen zu dieser Wanderung, die er weitaus von der Landstraße über die Felder zurücklegte, getrieben haben.

In der Nacht zum Donnerstag wurde in der Nähe der Station Oberreitna (Bodensee) die in den 40er Jahren stehende Dekonomensehefrau Theresie Baumann von Unterrengersweiler vom Zug überfahren. Wie das Neue Tagblatt meldet, fand man die Leiche beim Rangieren des Güterzuges auf. Beide Füße waren ihr abgefahren. Die Frau hatte jedenfalls den Bahnraum trotz Verbots überqueren wollen und war von dem Zuge überrascht worden.

Gerichtssaal.

München, 13. Jan. Ein neuer Simplizissimus-Prozess. Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde heute gegen den Schriftsteller Dr. Ludwig Thoma wegen Vergehens wider die Sittlichkeit Verhandlung bezogen durch die Presse, und zwar durch Verbreitung unzüchtiger Schriften; es handelt sich um das im Oktober v. J. ausgegebene Flugblatt des Simplizissimus, betitelt „Fort mit der Liebe!“ Der Text war von Ludwig Thoma, die Illustrationen lieferte der bekannte Simplizissimuszeichner Olf Gulbranffon. Das Flugblatt richtete sich gegen die Sittlichkeitsapostel im allgemeinen und gegen den vorjährigen Magdeburger Sittlichkeitskongress in besonderen. Als Verteidiger von Dr. Thoma, der allein angeklagt ist, fungierten Rechtsanwalt Konrad Haushmann aus Stuttgart und Justizrat Vernein-München. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, doch waren die Vertreter der Presse und Juristen zugelassen. Als Sachverständige wurden u. a. vernommen Dr. Ludwig Ganghofer, Dr. Georg Hirth, Dr. Michael Gg. Conrad, Frhr. v. Ostini, der Schriftsteller Graf Kerserling, Rechtsanwalt Dr. Elfas aus Stuttgart, Prof. Forel-Büchli, die sich sämtlich zu Gunsten des Angeklagten aussprachen. Im Verlauf der Verhandlungen kam es zu mehrfachen Rügen des Gerichtshofs gegenüber den Sachverständigen. Um 7 Uhr abends begannen die Plädoyers. Nachdem der Staatsanwalt, sowie die beiden Verteidiger gesprochen, und Dr. Thoma die Erklärung abgegeben hatte, daß er mit dem Flugblatt nicht eine unzüchtige Schrift habe veröffentlichten wollen, zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück; sie verneinten die Schuldfrage. Wegen 11 Uhr nachts wurde dann das Urteil gefällt, das auf Freisprechung Thomas lautete. — Das Flugblatt soll jedoch im objektiven Verfahren eingezogen werden, weil ihm objektiv ein unzüchtiger Charakter innewohne.

Essen, 12. Jan. Wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Schulmädchen, wurde der Lehrer Wilhelm Frank in Essen-West von der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. — Die Verhandlung gegen Hilfsprediger Weber aus Warbed, wegen der Beschuldigung, sich an den seinem Unterrichts anvertrauten Konfirmandinnen vergangen zu haben, endete mit Freisprechung.

Detmold, 13. Jan. Im „Diefferts“-Prozess wurde Redakteur Neumann zu 1300 Mark und Tragung der Kosten beider Instanzen verurteilt. Dem Kläger wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Rosen, 13. Jan. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte heute das Kriegsgewicht die wegen Ermordung des Aderswirts Josef Glava aus Neukrempa und dessen Sohnes angeklagten Rusketiere Kofinski und Geybert vom 155. Inf.-Reg. in Ostrowo zum Tode und Ausstoßung aus dem Heer.

Junst und Wissenschaft.

Berlin, 15. Jan. „Die Waffen nieder.“ Verta v. Suttners bekannter Roman wurde von Frau von Suttner in Gemeinschaft mit Robert Oberweg zu einem vieraktigen Drama bearbeitet, das im Verlag Ullrich erscheint.

Aus Stadt und Umgebung.

* Die städt. Armenbeschäftigungsanstalt Stuttgart schreibt die Lieferung von 2200 Rm. buch- und 3800 Rm. weisflannfrischgeschlagenem gesundem Scheiterholz (Brennholz) aus. Der Liefertermin für das Tannenholz ist der 15. Juli, für das Buchenholz der 15. Oktober 1906. Angebote mit Preisangabe und der Aufschrift „Brennholzlieferung“ sind spätestens bis 24. ds., abends 7 Uhr bei obiger Stelle einzureichen.

Dennach, 15. Jan. Die hiesige Gemeinde verkauft am 20. ds., vormittags 10 Uhr auf dem Rathaus tannenes Stammholz, Bau-, Gerüst-, Werk-, Hopfen-, Reis- und Ausschuh-Stangen.

Schilberg, 15. Jan. Am 22. ds. verkauft die Gemeinde tannene Stämme und Röhre, Wagnereichen, Bauholz, Hag- und Hopfenstangen, ferner Baumpfähle, Reb- und Bohnenstrecken. Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.

Pforzheim, 15. Jan. Mit der Einführung der Bahnsteigsperrre hier (16. ds. Mitts.) können die Bahnsteige nur noch durch die Wartesäle und die Wirtschaft betreten werden. Die Sperrtore an den Wartesälen dienen ausschließlich als Eingang, ausgenommen in der Zeit von 12.20 bis 4.45 nachts, wo sie zugleich Eingang und Ausgang sind. Jedoch kann in der Nacht von Sonntag auf Montag bis 3 Uhr nachts der Bahnsteig auch durch den Westausgang verlassen werden. Die Sperre an dem Bahnhofrestaurant dient, solange sie besetzt ist (5 Uhr vormittags bis 2.20 nachts), sowohl als Eingang wie als Ausgang. Die Sperren am östlichen und westlichen Ende des Bahnhofgebäudes dienen im allgemeinen nur als Ausgänge. Der Ostausgang ist von 5.45 vorm. bis 10.30 nachm. (in der Nacht von Sonntag auf Montag bis 12.20 nachts) besetzt, der Westausgang ist von 4.45 vorm. bis 12.20 nachts (in der Nacht von Sonntag auf Montag bis 3 Uhr nachts). In der Zeit von 5.00 bis 5.30, 7.00 bis 7.30 und 9.00 bis 9.30 Uhr nachm. dienen diese Ausgänge, an denen dann sämtliche Tore besetzt werden, zugleich als Eingänge für den Arbeiterverkehr. Zur Bewältigung des Arbeiterverkehrs werden ferner die Sperrtore zwischen Eingangs- und Arbeiterwartesaal von 6 bis 8 Uhr vorm. 6 bis 9 nachm. geöffnet. An den Sperrern müssen sowohl von den abfahrenden als auch von den ankommenden Reisenden die Fahrtausweise zur Kontrolle vorgezeigt, abgelassene Fahrkarten und dergleichen abgegeben werden. Um die zeitraubende Kontrolle bei den Arbeiterwochenkarten zu vereinfachen, hat die badische Eisenbahnverwaltung farbige Wochen-

arten größeren Formats ausgegeben, die allerdings nur von Montag bis Samstag derselben Woche gelten, dafür aber an der Sperre keinen Aufenthalt bereiten, weil sie nur auf Grund der Farbe und Reihenzahl auf ihre Gültigkeit geprüft werden, also gar nicht aus der Hand gegeben werden müssen. Es kann den Arbeitern im eigensten Interesse nicht dringend genug empfohlen werden, sich mit den neuen Wochenkarten zu versehen. Hervorheben wollen wir noch, daß die Reisenden nach Stationen der Enz- und Nagoldbahn — ausgenommen zu den Zeiten des großen Arbeiterverkehrs — künftig den Eingang durch die Wartesäle, bezw. Wirtschaften zu nehmen haben. [Pf. Anz.]

Letzte Nachrichten.

Berlin, 15. Jan. Mit der sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstration am 21. ds. soll eine Propaganda zum Austritt aus der Landeskirche verknüpft werden.

Gotha, 15. Jan. Vor der Zivilkammer des Landgerichts gelangte heute der Ehescheidungsprozess des Prinzen Philipp von Sachsen-Koburg-Gotha gegen die Prinzessin Luise zur Verhandlung. Das Urteil lautete: Die Ehe wird dem Bande nach geschieden; die Kosten fallen der Frau Beklagten zur Last. Ferner bezahlt Prinz Philipp durch einen besonderen Vertrag beider Parteien, der Prinzessin Luise eine einmalige Abfindungssumme von 400.000 Gulden und eine monatliche Rente von 7000 Gulden. Von ihrem Vater, dem König der Belgier, erhält die Prinzessin eine jährliche Rente von 50.000 Francs. Sie wird von nun an den Titel einer Prinzessin von Belgien führen.

Algeiras, 16. Jan. Heute nachmittag 3 Uhr ist die erste Sitzung der Marokkolongorenz; in ihr soll die Geschäftsordnung festgesetzt werden. Die deutschen Delegierten v. Rodawitz und Graf Lattenbach besichtigten in Begleitung der Gräfin Lattenbach das Gebäude des Gemeinderats, worin die Sitzung stattfindet.

— Einen Band „Der Weltkrieg“ gratis, dieses Aufsehen erregenden, äußerst spannenden Romans, erhalten alle neuen Abonnenten der jetzt so beliebten illustrierten Zeitschrift „Von Land zu Land“ (circa 160 Seiten in Buchform, soweit der Roman „Der Weltkrieg“ in der Zeitschrift „Von Land zu Land“ bis jetzt erschienen ist.) Außer guten Romanen und Novellen nur bester Autoren bringt „Von Land zu Land“ zahlreiche, anschaulich illustrierte, populärwissenschaftliche Artikel, ferner eine reich illustrierte Chronik der Woche, geschmückt mit zahlreichen Bildern, die über die wichtigsten Zeitereignisse orientieren, sowie jährlich 26 farben-

prächtige Kunstbeilagen. Infolge seines vollständigen aber vornehmen Inhalts hat sich „Von Land zu Land“ bereits einen sehr großen und treuen Abonnentenstand erworben und ist das Lieblingsblatt des deutschen Bürgers geworden. Der billige Preis von nur 15 Pfennigen für das sehr vielseitige Heft sichert dieser Zeitschrift, wie ja schon der Name sagt, eine von Land zu Land gehende Verbreitung. Wir können Ihnen daher ein Probe-Abonnement nur bestens empfehlen. Die Ausgabe mit Mode kostet 20 Pfennige das Heft. Für die Bestellung wollen Sie die dem heutigen Prospekt beigefügte Bestellkarte benutzen und ein Probe-Abonnement bei der Buchhandlung von Holland und Josenhans, Wildbad, bestellen.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. Redakteur: E. Reinhardt daselbst.

Barometer. Stand 10 Uhr vormittags.

gestern	heute	
780	780	
770	770	
760	760	
750	750	
740	740	Sehr trocken
730	730	Schon
720	720	Bedenklich
710	710	Regen
700	700	Stürmisch
690	690	

Aufforderung

zur Anbringung der Gesuche um Zurückstellung Militärpflichtiger von der Aushebung wegen häuslicher Verhältnisse.

Denjenigen, welche Ansprüche auf Zurückstellung Militärpflichtiger wegen häuslicher Verhältnisse aus den in der deutschen Wehrrordnung § 32 Ziffer 2 lit. a bis e aufgeführten Gründen (Reklamationen) erheben wollen, werden aufgefordert, dieselben womöglich so zeitig geltend zu machen, daß sie noch vor dem Zusammentritt der zur Entscheidung darüber berufenden Erstkommision vollständig erörtert werden können.

Die Ortsvorsteher haben derartige Gesuche, welche bei ihnen schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden können, genau nach den Vorschriften der Ministerien des Innern und des Kriegswesens, betr. das Verfahren bei Reklamationen und Klassifikationsgesuchen vom 8. April 1876 Ziff. 1 lit. a (Amtsblatt des R. Ministeriums des Innern von 1876 S. 144 ff.) zu behandeln.

Formulare werden vom Oberamt abgegeben.

Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß verspätet angebrachte Gesuche nicht berücksichtigt werden.

Die Ortsvorsteher haben für gehörige Bekanntmachung der Aufforderung zu sorgen.

Neuenbürg, den 13. Jan. 1906.

R. Oberamt.
Hornung.

An die Ortsvorsteher, betreffend die Rekrutierungsstammrollen.

Die Ortsvorsteher werden noch besonders auf den Erlaß des Oberrekutierungsrats, betr. eine Statistik über den Anteil der ländlichen Bevölkerung an dem Ersatz des Heeres vom 8. November 1901 (Min.-Amtsbl. S. 305) aufmerksam gemacht. Nach diesem Erlaß haben die Ortsvorsteher bei den Ausgaben über Stand oder Gewerbe der Militärpflichtigen in den Rekrutierungsstammrollen Nachstehendes zu beachten:

1) Bei Ausfüllung der Spalte 8 (Stand oder Gewerbe) der Stammrolle ist der hauptsächlichste oder alleinige Beruf soweit anständig genau zu bezeichnen (z. B. landwirtschaftlicher Tagelöhner, Bödergeselle, Zigarrenarbeiter, Handlungsreisender usw.). Insbesondere ist bei Tagelöhnern und Arbeitern derjenige Arbeits- oder Geschäftszweig anzugeben, in welchem sie ständig oder meistens arbeiten (ob in Landwirtschaft, bei Forst-, Garten-, Bau-, Eisenbahn-, Straßen-, Gas-, Kanalarbeiten etc.).

2) Dabei ist derjenige Beruf anzugeben, welcher seit Verlassen der Schule die längste Zeit hindurch ausgeübt wurde. Wer beispielsweise mehrere Jahre hindurch in der Landwirtschaft beschäftigt und nur das letzte Jahr oder die letzten Monate als Fabrikarbeiter oder Handwerker tätig war, ist mit der ersteren, nicht mit der letzteren Beschäftigung nachzuweisen.

Neuenbürg, 13. Jan. 1906.

R. Oberamt.
Hornung.

Zu verkaufen!!

2 vollständig neue

Plüsch-Sopha

noch nie gebraucht

sind umstandshalber um die Hälfte des wirklich n. Preises abzugeben.

Günstige Zahlungsbedingungen zugesichert.

Zu erfragen in der Eröb. ds. Bl.

[282]

Empfehle zu billigstem Tagespreis stets frische und verschiedene Sorten

Frische.

Adolf Blumenthal.

Kanarien- u. Vogelzüchter-Verein Wildbad.

Zu der am

Sonntag den 28. Januar

abends von 7 Uhr ab

im Gasthaus zur Eisenbahn

stattfindenden

Abend-Unterhaltung

mit Gabenverlosung

sind die verehrl. Mitglieder des Vereins mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

NB.: Ehrengaben zur Verlosung werden von den Vorstand- und Ausschußmitgliedern, sowie im „Gasthaus z. Eisenbahn“ in Empfang genommen.



Tranolin
bestes Präparat zum Einfetten von
Schuhzeug, macht haltbar, wasserdicht u.
dauerhaft. Ueberall zu haben.
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Gänzlicher Ausverkauf!

Das Warenlager von G. Rieginger, Damenschneider enthält noch großen Vorrat in

Tuch und Buckskin, Hosenzeug

engl. Leder, farbige Hosen und Anzüge,

Blusenzeuge für Arbeiteranzüge

Futterstoffe, weißer Schirting, Creton, Roh, Tuch

farbigen und schwarzen Seiden- u. Patent-Sammet

farbige u. schwarze Seidenstoffe

weiß, schwarzer und farbiger Besatz

farb. und schwarze Seidenbänder, schwarze Spitzen

wollene und baumwollene Strick- und Häfelgarne

farbige Besen- und Einfashten, Einfashten auch in schwarz.

Ferner noch verschiedene Nummern in Herren- und Knabentragen

Wäsche-Buchstaben zum Aufnähen

sowie noch großer Vorrat in Herren- und Damentüpfeln, welche unter dem halben Preise abgegeben werden.

Farbige Näh- und Knopflochseide, Korsetten

Korsettschließen u. Korsettfedern, Tailienstäbe, Tailenbänder

schwarzer Panama zu Kleider und Schürzen

und eine größere Partie Flick-Lappen.

Hochachtungsvoll

Robert Rieginger.

Schuld- u. Bürgscheine stets vorrätig in der Buchdruckerei Hofmann.

K. Forstamt Enzklösterle.

Papier- und Beigholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich

aus Staatswald I 6, 7, 10, 21, 24, 25, 40, 44; II 1, 2; III 2, 5, 7; IV 1; VI 4, 20, 24, 32, 35; VII 1, 19, 28, 36, 69:

Nadelholz: Rm.: 176 Koller, 118

Brügel, 766 Anbruch

Buchen: Rm.: 168 Scheiter, 44

Brügel, 1292 Anbruch

Birken: Rm.: 6 Anbruch.

Die Angebote auf die einzelnen Lose sind in Mack und Pfennig pro Rm. ausgedrückt, vom Bietenden unterzeichnet und verschlossen, mit der Aufschrift „Gebot auf Beigholz“ bis spätestens

Freitag 26. Januar

vorm. 10 Uhr beim Forstamt einzureichen, worauf sofort im Gasth. zur „Krone“ in Enzklösterle die Eröffnung erfolgt, welcher die Bietenden anwohnen können. Absahrttermin 1. Juni 1906.

Lösungsverzeichnisse und Offerformulare unentgeltlich durch das Forstamt.

Orangen Orangen

von Messina u. Palästina.

Besonders frühe Früchte.

Bäcker Bechtle.

Ia. Zitronen

empfiehlt Bäcker Bechtle.

Frische selbstgemachte

Gier-Nudeln

sind stets zu haben bei

Bäcker Bieffe.

Schöne Pfälzer

Zwiebel

empfiehlt W. Treiber

Korbmacher.

Feinste

Essig-Gurken

sind zu haben bei

Chr. Brachhold.

Dürres Obst

(gemischt in allen Sorten)

empfiehlt Chr. Batt.

Selbstgemachte

Eier-Nudeln

empfiehlt Chr. Batt.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.

Christm.